

**studentenwerk darmstadt**  
Pressemeldung vom 01.06.2006

**studentenwerk darmstadt gegen Studiengebühren**

**Geschäftsführerin Laux und Vorstandsvorsitzender Seidler:  
„Studium darf nicht zum sozialen Risiko werden“**

Das Darmstädter Studentenwerk spricht sich gegen die in Hessen geplante Einführung von Studiengebühren aus. Dies erklärte der Vorstandsvorsitzende Hanns H. Seidler. Im Vorfeld hatten sich bereits der Senat der Hochschule Darmstadt, die Universitätsversammlung der TU Darmstadt, die Darmstädter Asten und der Präsident der TU Darmstadt klar gegen Studiengebühren erklärt.

Das Studentenwerk Darmstadt, das sich um die sozialen und wirtschaftlichen Anliegen von insgesamt 28.500 Studierenden kümmert, führt vor allem soziale Argumente gegen Studiengebühren an: „Bereits im Jahr 2003 nahmen nach einer Studie des Deutschen Studentenwerks nur etwa zehn Prozent der Kinder mit „bildungsferner“ Herkunft ein Studium auf. Wir befürchten, dass mit der Einführung einer Studiengebühr dieser Anteil noch weiter sinkt“, erläutert Geschäftsführerin Ulrike Laux.

Viele Studierende – zum Beispiel alle BAföG-Empfänger – sind finanziell gar nicht fähig, zusätzlich Studiengebühren zu bezahlen. Auch das geplante Darlehenmodell lindert diese Situation nicht. Im Gegenteil: Jede ausbezahlte Rate führt automatisch zu einer zusätzlichen Verbindlichkeit, die die Lage der Studierenden weiter verschlechtert. Außerdem sind BAföG-Empfänger nach der ständigen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte nicht kreditwürdig und das ändert sich auch nicht dadurch, dass die Prüfung der Bonität unterbleibt. Durch steigende Verschuldung sinkt die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit. Zum Beispiel erhalten motivierte Nachwuchstalente keine Existenzgründerkredite mehr, weil ihre Kreditwürdigkeit durch die laufenden Gebührendarlehen stark eingeschränkt ist. In der unterlassenen Prüfung der jeweiligen finanziellen Situation bei dem geplanten Darlehenmodell sieht das Studentenwerk ein weiteres Manko. Dadurch kommen zum einen all jene in den Genuss des Darlehens, die eigentlich in der Lage wären, Gebühren aus eigener Tasche zu zahlen. Zum anderen erhalten mittellose Studierende, bei denen von Beginn an klar ist, dass sie aus eigener Kraft nie zurückzahlen können, Landesmittel. Die daraus entstehende Belastung, wie Ausfallrisiko, Darlehenserlasse und Verwaltungsaufwand, muss letztlich die Gemeinschaft tragen.

„Wenn die Gebühren tatsächlich kommen, wird Studieren für viele junge Menschen zu einem schwer kalkulierbaren sozialen Risiko. Das darf nach unserer Auffassung nicht sein. Deshalb sind wir gegen Studiengebühren.“ so Laux und Seidler.